

Behinderte wollen Kräfte bündeln

Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen

Von unserer Mitarbeiterin
Karina Skwirblies

BREMEN. Behinderte wollen mitbestimmen. Auch bei den anstehenden Sparmaßnahmen im Sozialressort. Eine neu gegründete Arbeitsgemeinschaft möchte vor allem die drohende Kürzung der Eingliederungshilfe um 14,8 Prozent verhindern. „Es ist wichtig, dass sich neben den Trägern der Einrichtungen auch die Betroffenen äußern und in die Diskussion um Kürzungen einsteigen“, erklärte der Landesbehindertenbeauftragte Joachim Steinbrück. „Man kann nicht erwarten, dass die Heime das machen.“ Deshalb haben sich nun Heimbeiräte und Nutzerbeiräte der individuellen Schwerbehindertenbetreuung zusammengeschlossen.

Zur Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft waren die großen Einrichtungen des Landes Bremen mit rund 45 Teilnehmern in der Friedensgemeinde vertreten: die Lebenshilfe, Friedehorst, die Innere Mission, der Martinshof und andere. Es geht den Beiräten um Mitwirkung. Diakon Henry Meyer und Christel Blank-Meine von der Friedensgemeinde hatten zu der Gründungsversammlung eingeladen. Die Gemeinde hatte sich in der Vergangenheit bereits mehrfach für die Interessen der Behinderten eingesetzt.

Die rechtliche Hilflosigkeit der Behinderten ist für Henry Meyer ein untragbarer Zustand. „Die Leute kennen ihren Bedarf nicht“, kritisierte er. „Wie das gehandhabt wird, das ist ein Skandal.“ In den Heimen zahlten die Kassen 265 Euro unabhängig von der Pflegestufe. Den Rest trage das Sozialressort. „Man muss den Hilfebedarf konkret festlegen, damit feststeht, was man für sich geltend machen kann.“ Die elementaren Dinge müssten mit den Heimbeiräten abgestimmt werden. Die Kosten, Entgelte und Heimverträge müssten gemeinsam geregelt werden. Dies sei bislang nicht der Fall. Auf dem Papier gebe es eine Mitwirkungsverordnung, die werde jedoch nicht umgesetzt, mitunter sogar boykottiert. Ambulante Betreuung werde erschwert. „Eingliederungshilfe gibt es nicht mehr“, bekämen die Betroffenen zu hören. Es sei ein langer Rechtsweg nötig, um sie durchzusetzen. „Man versucht, die Leute müde zu machen“, meint Henry Meyer.

Am 2. Dezember von 9.30 bis 12 Uhr tagt in der Bremer Bürgerschaft das 13. Bremer Behindertenparlament. Da möchte die Arbeitsgemeinschaft ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentieren. Außerdem stellt sich Joachim Steinbrück vor, seit Juli der erste Landesbehindertenbeauftragte Bremens.